

Pressemitteilung vom 17.09.2018

Jugendamt drangsaliert Minderjährige

Der Flüchtlingsinitiative Bremen e.V. wurden skandalöse Vorgehensweisen des Jugendamtes/F9 zugetragen. Das Erstversorgungsteam des Jugendamtes für unbegleitete minderjährige Geflüchtete setzt sowohl Minderjährige selbst als auch die Jugendhilfeeinrichtungen, in denen sie untergebracht sind, massiv unter Druck.

Sozialpädagog*innen aus unterschiedlichen Jugendhilfeeinrichtungen berichten, dass sie das Erstversorgungsteam des Jugendamtes aktiv an ihrer pädagogischen Arbeit mit denjenigen Jugendlichen hindere, die aus der Gottlieb-Daimler-Straße nach einem positiven Gerichtsurteil in die Jugendhilfe gekommen seien. Dabei sind die Betroffenen laut Gericht als Minderjährige zu behandeln.

*"Viele Betreuer*innen sind extrem verunsichert, denn wenn sie ihren pädagogischen Auftrag ernstnehmen und den Jugendlichen die dringend gebotene Hilfe zukommen lassen und für ihre Rechte eintreten, kommen sie in den offenen Konflikt mit dem Jugendamt. Sie sprechen von einer Atmosphäre der Angst und Bedrohung durch das Jugendamt",* berichtet Anna Schroeder von der Flüchtlingsinitiative.

So versucht das Erstversorgungsteam des Jugendamtes gezielt, den Schulbesuch der Minderjährigen trotz Schulpflicht zu vereiteln. Mitarbeiter*innen der EAE in der Steinsetzerstraße wurde untersagt, die Jugendlichen in der Schule anzumelden. In anderen Einrichtungen berichten Sozialarbeitende, ihnen sei von F9 "verboten" worden, die Jugendlichen morgens für die Schule zu wecken oder ihnen sonstige Unterstützung bezüglich des Schulbesuchs zukommen zu lassen. *"Das Jugendamt hat den Jugendhilfeeinrichtungen untersagt, auch nur irgendeine Maßnahme durchzuführen, die die Integration der Jugendlichen – die teilweise seit mehr als 10 Monaten in Bremen leben – fördern würde",* so Schroeder.

Weiter "verbietet" das Jugendamt den Einrichtungen, die Jugendlichen in ihren rechtsstaatlichen Verfahren zu unterstützen. So wurde den Jugendhilfeeinrichtungen mitgeteilt, sie dürften keinerlei Kontakt zu deren AnwältInnen aufnehmen. Besonders fragwürdig ist dies vor dem Hintergrund, dass sich die betroffenen Jugendlichen in gerichtlichen Verfahren gegen eben dieses Jugendamt befinden. Da viele der Minderjährigen in psychotherapeutischer Behandlung sind und ihr Gesundheitszustand in den Verfahren besonders gewürdigt werden muss, versucht das Jugendamt mit allen Mitteln zu verhindern, dass psychologische oder fachärztliche Stellungnahmen zu den AnwältInnen gelangen.

"Die Rechte der Jugendlichen werden systematisch unterlaufen – und zwar auf Anweisung des Jugendamtes," führt Anna Schroeder weiter aus. *"Bedauerlicherweise setzen die Jugendhilfeeinrichtungen dem rechtswidrigen Vorgehen des Jugendamtes wenig bis nichts entgegen. So lassen sich die Einrichtungen der sozialpädagogischen Jugendhilfe zu reinen Erfüllungsgehilfen von mehr als fragwürdigem behördlichen Verwaltungshandeln degradieren und setzen ihre Mitarbeiter*innen unter Druck."*

Das Jugendamt begründet seine Praxis mit einem Verweis auf das nicht nachgewiesene Alter der Betroffenen und versucht dieses mit immer neuen fragwürdigen Methoden zu schätzen – wie zuletzt anhand von weiteren medizinischen Tests, welche die Bundesärztekammer grundsätzlich ablehnt.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlings-bundesaerztekammer-lehnt-systematische-alterstests-fuer-asylbewerber-ab-1.3810234>

Die Sozialarbeitenden und Psycholog*innen, die die Betroffenen begleiten, sind sich jedoch einig: Alle haben einen Hilfebedarf und unterscheiden sich insofern nicht von anderen Jugendlichen in der Jugendhilfe.

Die Flüchtlingsinitiative fordert von der Sozialbehörde, endlich von den Jugendlichen abzulassen – anstatt die jungen Menschen an ihre psychischen Grenzen zu treiben und sie von der Teilhabe an der Gesellschaft aktiv abzuhalten. **Jugendhilfe muss Jugendhilfe bleiben und darf nicht zur Migrationsabwehr verkommen!**